

No. 43

Auszüge aus Rundfunkberichten
=====Sender Leipzig vom 22. Februar 1949

Berlin: Über den schamlosen Währungsschwindel werden am kommenden Donnerstag in einer Großkundgebung Willi HUHNS, Oberbürgermeister EBERT und der erste Vorsitzende der SED, Hans JENDRETZKY, sprechen. Auf Einladung der DWK wird morgen eine aus sechs Mitgliedern des EDGB bestehende Delegation nach Leipzig fahren, um dort Druckereien zu besichtigen und sich von der Haltlosigkeit der westlichen Pressemeldungen zu überzeugen.

Berlin: Zu dem von den Anglo-Amerikanern für die Bizone erlassenen Beamtengesetz erklärte der Vorsitzende des Zentralsekretariats der SED, Wilhelm PIECK, dieses Gesetz zeige, daß die Anglo-Amerikaner Deutschland schon als Kolonie behandeln, dem sie ihre Gesetze diktieren.

Zwickau: Für den Zweijahresplan werden die Horch-Werke Schlepper herstellen. Die zur serienmäßigen Herstellung benötigten Werkzeuge und Vorrichtungen werden im Betrieb selbst angefertigt. Die Produktion wird im Laufe d.J. anlaufen, und die Herstellung von 500 Schleppern für dieses Jahr wird als gesichert angesehen.

Leipzig: 82 000 t Steinkohle aus Polen und 24 000 t Koks aus Polen und der Tschechoslowakei wurden im Februar in die Ostzone eingeführt. Die steigende Kohlenförderung und die Lieferungen aus dem Ausland ermöglichen es, in den verschiedensten Werken große Reserven anzulegen.

Berlin: In der heutigen Sitzung des Wirtschaftsausschusses des deutschen Volksrates sprach Max GUENTHER über die Aufgaben der technischen Intelligenz. Er berichtete über Erfolge neuer technischer Verfahren. Danach gelänge es, Rohstoffe zu entwickeln, die vollständig aus Chemikalien der Ostzone hergestellt würden. Weitere Erfolge würden bei der Stahlherzeugung durch thermische Behandlung von Stahl erzielt. Die technische Intelligenz könne mit dem Bewußtsein an ihre Arbeit herangehen, daß sie weiß, die Technik werde nicht zum Fluch, sondern zum Segen angewandt. Professor Lichtenberger gab ein Interview zur Frage des Traktoreneinsatzes. Er erklärte, daß die in den Werkstätten der MAS beschäftigten Arbeiter ihre ganze Kraft einsetzen, um die Traktoren arbeitsfähig zu machen. Er hält es jedoch für notwendig, daß sich die DWK umgehend mit der SMV wegen Lieferung russischer Traktoren in Verbindung setzt. Er glaubt, daß die SU diese Bitte nicht abschlagen wird, und betont, daß das deutsche Volk eine solche neue freundliche Handlungsweise mit Dankbarkeit begrüßen würde.

Sender Moskau vom 22. Februar 1949

In den Westzeitungen wurde mitgeteilt, daß die amerikanische Mil.Reg. einen Befehl erlassen hat, wonach die sowjetische Repatriierungskommission ab 1. März d.J. ihre Tätigkeit in der amerikanischen Zone einzustellen und die Zone zu verlassen habe. Die SMV weiß nicht, ob diese Meldung der Wirklichkeit entspricht, erklärt jedoch, daß dieses eine ungesetzliche Handlung wäre. Bekanntlich wurde am 11.2.49 zwischen der USA-Regierung und der SU ein Abkommen getroffen, wonach sich beide Seiten verpflichtet haben, alle verschleppten Personen in ihre Heimat zu repatriieren. Die SMV hat alle amerikanischen Staatsbürger schon 1946 repatriiert. Zur Zeit befindet sich in der Ostzone kein einziger USA-Bürger mehr, der der Repatriierung unterliegen würde. Man müßte nun annehmen, daß sich die amerik. Behörden bei der Erfüllung des Abkommens ebenso loyal verhalten würden. Dies ist jedoch nicht der Fall. Bis jetzt werden noch über 100 000 Sowjetbürger zurückgehalten, die ein erbärmliches Leben in den Lagern führen und der Willkür antidemokratischer Elemente ausgesetzt sind. Der SMV stehen zahlreiche Dokumente und Tatsachen zur Verfügung, aus denen hervorgeht, daß die Amerikaner diese verbrecherischen Elemente noch unterstützen. Außerdem ist den Vertretern der sowjetischen Repatriierungskommission die Möglichkeit genommen, die sowjetischen Staatsbürger in den Lagern frei zu besuchen, mit ihnen zu sprechen und ihnen Zeitschriften zu übergeben. Wahrscheinlich haben die amerikanischen Behörden angst davor, daß die sowjetischen Staatsbürger die Wahrheit über ihr Heimatland erfahren. Die sowjetische Repatriierungskommission hat die edle und humane Aufgabe, alle noch in Westdeutschland befindlichen Sowjetbürger in ihre Heimat zurückzuführen und besteht auf die Durchführung der Vereinbarung.

Auszüge aus einer sowjet. Erklärung.

24/2/49

No. 44

Auszüge aus Rundfunkberichten

Sender Leipzig vom 23. Februar 1949

Jena: Die in der Vereinigung volkseigener Betriebe der optischen Industrie zusammengefaßten Werke haben ihr Plansoll für den Halbjahresplan 1948 mit 130 % erfüllt. Die Gesamtproduktion ist demnach gegenüber 1947 mengen- und wertmäßig auf das Dreifache gestiegen. Die Spezialisierung der Betriebe und die technische Rationalisierung haben dazu geführt, daß der Gesamtbedarf der Zone und des Exports gedeckt werden kann.

Dresden: Zum 31. Jahrestag der Sowjetarmee übermittelte Ministerpräsident Max SEYDEWITZ dem Leiter der SMA in Sachsen herzliche Glückwünsche. In seiner Grußadresse schrieb er: Die tapferen Kämpfer der Sowjetarmee haben die Deutschen und die Welt von der Gewaltherrschaft des Hitlerismus befreit, um Deutschland in ein friedliches und demokratisches Land zu verwandeln. Im Namen der Bevölkerung versichert er, mit allen Kräften an der Erhaltung des Friedens mitzuarbeiten.

Berlin: Der Vorsitzende der DWK, Heinrich RAU, kündigte heute auf einer Sitzung des Sekretariats der DWK die Lieferung von 1 000 Traktoren, ca. 540 Lastautos und 10 000 t Walzmaterial aus der SU für die sowjetische Besatzungszone an. Die Bezahlung der in Aussicht gestellten Lieferung soll vorläufig gestundet werden. Rau nahm im einzelnen hierzu wie folgt Stellung: Um die Hektarerträge steigern zu können, sei im Zweijahresplan für 1949 vorgesehen, die Eigenproduktion von Traktoren aufzunehmen. Da aber die Produktion den notwendigen Bedarf nicht decken könne, habe er sich vertrauensvoll an die SU gewandt mit der Bitte um Unterstützung. Wie immer, habe sich auch dieses Mal die SU bereit erklärt, zu helfen. Außer den Traktoren sollen ferner zur Bewältigung der Arbeiten an die MAS 540 Lastautos geliefert werden. Von besonderer Wichtigkeit seien die 10 000 t Walzmaterial, die in sechs spezifizierten Abmessungen zur Herstellung von Traktoren und Ersatzteilen dienen sollen. Diese Lieferungen erfolgen zusätzlich zu den Warenaustauschabkommen. Rau dankte der SU und äußerte, daß diese neuerliche Hilfe dankbare Anerkennung bei der gesamten deutschen Bevölkerung finden und ein besonders freudiges Echo bei der Bauernschaft auslösen werde.

Sender Moskau vom 23. Februar 1949

Auszüge aus dem Kommentar: Die anglo-amerikanische Politik der Schaffung des Atlantikpaktes widerspricht den Interessen des deutschen Volkes.

Die geplante Schaffung des Paktes führt zu nichts anderem als zur Entfesselung einer neuen Aggression und stellt die Gefährdung des Friedens dar. Ein militarisches Bündnis unter der Bezeichnung Westblock ist bekannt; nun ist die Schaffung eines noch umfassenderen Bündnisses in Vorbereitung. Wie kam man dazu, einen neuen Aggressionsblock in Europa schaffen zu wollen und womit begann die Tätigkeit? Die Tätigkeit begann hinsichtlich der deutschen Frage. Das Abrücken von den Beschlüssen der deutschen Frage war der erste Schritt. Die Folgen dieses Kurses in Deutschland sind wohl bekannt. Es ist die Spaltung des Landes, die Vorbereitung des Marionettenstaates, die Knechtung der deutschen Wirtschaft usw., usw. Westdeutschland soll zur Kolonie gemacht und als Rüstungsarsenal verwandt werden. Die deutschen Menschenreserven und das Kriegspotential werden gebraucht. Westdeutschland soll wieder einmal Kanonen statt Butter herstellen, und die Menschen sollen aufs neue in Uniform gesteckt werden. Das ist der Plan in bezug auf das deutsche Volk. Die Schaffung des Paktes ist völlig offensichtlich gegen die Interessen der europäischen Länder gerichtet. Mit Abscheu klicken die Völker der ganzen Welt auf die Kriegshetzer. - In einer Erklärung des sowjetischen Außenministers bestätigte die SU aufs neue, daß sie noch energischer und konsequenter den Kampf gegen die Kriegshetzer für einen dauerhaften Frieden führen muß. Dieser Wille wurde auch in den Antworten Stalins an Smith kundgetan. Die SU wird auch in Zukunft durch einen konsequenten Kampf zur richtigen Entscheidung der Geschicke Deutschlands beitragen.

No. 45

Auszüge aus Rundfunkberichten

Sender Leipzig vom 24. Februar 1949

Leipzig: Mit der angekündigten Traktorenlieferung wird der Landwirtschaft eine außerordentlich starke Hilfe gegeben. Die SU beweist damit, daß sie gewillt ist, dem deutschen Volk bei der weiteren Steigerung der landwirtschaftlichen Erzeugung zu helfen. Die MAS werden durch die Erweiterung und Verbesserung ihrer Traktorenbestände den Klein- und Mittelbauern noch mehr als bisher zur Hand gehen können. Ministerpräsident HOECKER führte zu der angekündigten Traktorenlieferung aus, daß die Landesregierung und die Bauern diese außerordentliche Hilfe dankbar begrüßen würden, da Mecklenburg besonders an Getreide- und Maschinenmangel leide. Er sprach den Wunsch aus, daß die Lieferung es ermöglichen/lie Frühjahrsbestellung qualitativ noch besser zu gestalten als bisher.

Auch die Zentralvereinigung der gegenseitigen Bauernhilfe sprach der SU und der SMV für die zu erwartenden Materiallieferungen den Dank der gesamten werktätigen Bauernschaft aus. In der Erklärung heißt es: Der SMV verdanken wir die verständnisvolle und großzügige Unterstützung der Landwirtschaft. Die Bedeutung der Belieferung mit Traktoren könne gar nicht hoch genug eingeschätzt werden, da damit die Lücke bis zum eigenen Anlauf der Produktion ausgefüllt werde. Wir betrachten diese Hilfe als einen Ausdruck der Solidarität der sowjetischen Arbeiter und Bauern mit den werktätigen Deutschen und als einen Beitrag für eine Demokratie auf dem Dorfe.

Berlin: Die wirtschaftliche Zusammenarbeit zwischen Berlin und der Ostzone habe in den letzten Monaten bedeutende Fortschritte gemacht, erklärte ein Sprecher. Er äußerte, es sei geradezu überwältigend, in welcher vorbildlicher Weise die Werktätigen der Ostzone Berlin geholfen hätten. Sie sandten außer Lebensmitteln und Gebrauchsgütern auch Rohstoffe, so daß Berlin am Ende des vergangenen Jahres in der Erfüllung seines Auftrages mit den Ländern der Ostzone auf gleicher Höhe habe stehen können.

Leipzig: Die Chemiewerke Buna werden auf der Frühjahrsmesse mit über 80 % chem. Produkte wie Buna, Aceton usw. vertreten sein. Auch eine Reihe neuartiger Erzeugnisse für die Textilindustrie werden die Bunkwerke ausstellen.

Sender Moskau vom 24. Februar 1949

Auszüge aus einem Artikel: Volkseigene und private Unternehmen in der sowjetischen Besatzungszone.

Die Presse Bizoniens verbreitet zahlreiche unsinnige Gerüchte über die volkseigenen und privaten Unternehmen in der sowjetischen Besatzungszone. Wie stehen die Dinge nun in Wirklichkeit? Die größten Unternehmen wurden zu volkseigenen Betrieben erklärt, denn die größten Kapitalisten waren auch die Hauptkriegsverbrecher. So befinden sich z.B. im Bergbau alle Gruben in Volkseigentum, in der Maschinenbauindustrie sind es 40 %, in der Elektroindustrie 1/3, in der Chemie mehr als 1/3, in der Textilindustrie 1/3 der Gesamtproduktion usw. Obwohl die privaten Unternehmen in den verschiedensten Industriezweigen noch das Übergewicht haben, wird angenommen, daß gegen Ende 1950 die Produktion der volkseigenen Betriebe die Leistung der Privatunternehmen übersteigen wird. In welcher Weise wird das geschehen? Nicht durch Nationalisierung sondern durch Hebung der Arbeitsproduktivität. - In der Ostzone wurden nur die Großbetriebe nationalisiert. Der Ostsektor Berlins ist ein neuer Beweis hierfür. Dort wurden kürzlich alle sequestrierten Betriebe dem Magistrat übergeben. Die größten und wichtigsten Werke wurden Volkseigentum, während die kleinen Betriebe entweder den ehemaligen Eigentümern zurückgegeben oder, falls diese für schuldig befunden werden, Personen übereignet werden sollen, die durch das Naziregime oder durch Kriegseinwirkungen gelitten haben. - Die deutschen Wirtschaftsorgane haben für die volkseigenen Betriebe einen Zweijahresplan ausgearbeitet. Dieser gilt nicht für die privaten Unternehmen. Diese erhalten auch keine Planaufgaben und dürfen sich nicht an Wettbewerben beteiligen. Denn einen Wettbewerb kann es nur dort geben, wo die Menschen für sich arbeiten, nicht aber für einen Kapitalisten. Den Privatunternehmen wird jedoch kein Hindernis in den Weg gelegt.

No. 46

Auszüge aus Rundfunkberichten

26/2/49

Sender Leipzig vom 25. Februar 1949

Halle: Die Vorbereitungen für die diesjährige Frühjahrsbestellung sind in Sachsen-Anhalt nahezu abgeschlossen. Dieses Mal stehen erheblich mehr Düngemittel zur Verfügung. Über 200 000 Zugtiere können für die Bestellungsarbeiten eingesetzt werden.

Wismar: Zum größten Kali-Umschlaghafen der Ostzone soll Wismar ausgebaut werden. U.a. soll eine Kippanlage errichtet werden, mit deren Hilfe täglich 4 000 t Kali umgeschlagen werden können.

Potsdam: Zur Unterstützung des demokratischen Griechenlands stiftete die Bevölkerung 200 000,- DM.

Leipzig: Im Rahmen der Frühjahrsmesse werden am 7. März auf einer Großkundgebung drei Vertreter des deutschen Volksrates, und zwar PIECK, NUSCHKE und Prof. KASTNER, sprechen. Auch die NDP und die demokratische Bauernpartei Deutschlands werden auf dieser Kundgebung Erklärungen abgeben.

Berlin: Mit einer Falschmeldung über ein Gruenunglück in einer Kupfergrube bei Mansfeld setzte die Westberliner Presse ihre Netze gegen die sowjetische Besatzungszone fort. Diese Meldung ist von A bis Z erlogen.

Berlin: Zur Rückkehr der deutschen Kriegsgefangenen nahm der Leiter der deutschen Umsiedler Stellung. Er verwies auf die offiziellen Zusagen der SU, alle deutschen Kriegsgefangenen von ihrem Territorium noch in diesem Jahr zu entlassen. Er forderte eine entsprechende bindende Erklärung auch von den Westmächten, unabhängig davon, ob die deutschen Kriegsgefangenen jetzt als sogen. freie Arbeiter tätig oder zum Kriegsdienst in anderen Ländern gepreßt worden sind.

Schwerin: Mit der Frühjahrsbestellung beschäftigten sich auf einer Arbeitstagung die Vertreter der Land- und Forstwirtschaft Mecklenburgs. Es wurde eine schnelle Ausbildung von 1 000 Traktorenfahrern gefordert. Minister QUANDT äußerte: Die Tatsache, daß die SU Traktoren zum Aufbau schickt, sollte es uns ermöglichen, die Frühjahrsbestellung so gut wie möglich auszuführen.

Leipzig: Die Tschechoslowakei wird sich mit 22 Betrieben an der kommenden Frühjahrsmesse beteiligen. Die Textilindustrie wird in erster Linie Gebrauchsgüter zeigen. Einen breiten Raum soll die keramische Industrie einnehmen. Die Tschechoslowakei ist entschlossen, den Gütertausch mit Deutschland über die Brücke der Leipziger Messe zu steigern.

Sender Moskau vom 25. Februar 1949Auszüge aus dem Artikel: Wer vereitelt die Repatriierung der sowjetischen Bürger?

Das Problem der verschleppten Personen tauchte während des zweiten Weltkriegs auf und verschärfte sich in den Nachkriegsjahren. Schon während des Krieges beschäftigten sich die Großmächte mit dem Schicksal der DP's, und 1941 protestierte die SU gegen die grausame Behandlung der sowjetischen Soldaten. Im Febr. 45 wurde in Yalta ein Übereinkommen zwischen den betr. Großmächten darüber erzielt, daß die Alliierten alle Maßnahmen zur Repatriierung verschleppter Personen ergreifen sollten. Außerdem wurde vereinbart, eine sowjet. Repatriierungskommission in die Armee der Alliierten zu entsenden. Diese sollte ungehindert die Lager aufsuchen, mit den Verschleppten über das Leben in der Heimat sprechen, ihnen Filme vorführen usw. - Wenn nun klare Übereinkommen zwischen den Großmächten über die Frage der DP's bestehen, warum leben dann heute noch Bürger der SU, Polens und Jugoslawiens in Westdeutschland und Oesterreich, wo sie als DP's ein klägliches Dasein führen? Wer trägt die Schuld? Schuldig sind die anglo-amerikanischen und frz. Mil. Kommandos und ihre Regierungen. Sie haben die übernommenen Verpflichtungen verletzt. Sie halten die DP's zurück und verhindern die Rückkehr in die Heimat. Schon seit 2 Jahren wirken ausl. Mächte auf die Insassen der Lager ein und werben sie zur Arbeit oder zu mil. Diensten an. Die Lager sind ein Markt für billige Arbeitskräfte und Kanonenfutter. Das ist der Grund, warum seit Kriegsende Unzählige ohne Obdach, ohne ihr Volk und ohne ihre Heimat leben.

28/2/49

No. 47

Auszüge aus Rundfunkberichten

Sender Leipzig vom 27. Februar 1949

Dresden: Die Aufnahme des FDGB in den Weltgewerkschaftsbund ist von weittragender Bedeutung für die Gesamtentwicklung Deutschlands. Sie hat damit ihre internationale Anerkennung gefunden. Die deutschen Arbeiter werden diese Aufnahme nicht nur freudig begrüßen, sondern es erwächst ihnen auch die Verpflichtung, sich noch konsequenter für die Ziele einzusetzen.

Essen: Max REIMANN forderte in Essen auf einer Kundgebung die Werktätigen auf, den Kampf für eine einheitliche deutsche Republik weiterzuführen. Er kennzeichnete das Besatzungsstatut für die wirkliche Verfassung des Separatstaates. Man habe Deutschland gespalten und versuche nun, durch antisowjetische Hetze die Jugend wieder für einen Krieg reif zu machen. - Die Versammelten forderten nicht nur die Aufhebung des Urteils, sondern auch die Rehabilitierung, da sie einen neuen Angriff auf die Freiheit Max Reimann's als einen Angriff auf ihre Freiheit betrachten.

Berlin: Über den Verfassungsentwurf des deutschen Volksrates findet eine breite öffentliche Diskussion statt. Dem deutschen Volksrat gingen 15 000 Stellungnahmen von der Bevölkerung der Ostzone zu, darunter 500 mit Abänderungsvorschlägen, die wertvolle Hinweise enthielten. Der Verfassungsentwurf ist die gemeinschaftliche Arbeit der Vertreter aller demokratischen Parteien und Organisationen und stellt eine gesamtdeutsche Verfassung dar. Die Unterkommission, welche die eingetroffenen Vorschläge auswertet und den endgültigen Entwurf vorbereitet, wird ihre Arbeiten am kommenden Mittwoch abschließen. Der Entwurf wird dann dem Plenum des deutschen Volksrates vorgelegt werden.

Berlin: "Mehr Stahlguß für unseren Maschinenbau" trägt ein Artikel des Neuen Deutschlands als Überschrift. Unser Maschinenbau und unsere Industrien brauchen mehr Stahlguß und bessere Qualität. Es geht um eine bessere Zukunft; denn Stahl bringt Brot! Aus diesem Grunde finden ab 1. Mai d.J. für die Dauer von drei Monaten Wettbewerbe der Gießereien statt.

Den Kommentar hielt der stellvertretende sächsische Wirtschaftsminister Gerhard ZILLER (?). Er behandelte die Leipziger Messe.

Am 6. März wird die Leipziger Frühjahrsmesse eröffnet, bei der es sich um eine gesamtdeutsche Messe handelt. Große Vorbereitungen sind getroffen.

Auf der Messe werden zwei wirtschaftliche Erscheinungen zu Tage treten. In der Ostzone wurde ein Plan aufgestellt, der sich damit befaßt, die eigenen Kräfte unter Verbesserung des materiellen Lebens zu mobilisieren. Die DMK arbeitet gemeinsam mit allen demokratischen Organisationen an der Erfüllung dieser großen Aufgabe und die Arbeiter, die sich seit langem mit den Planaufgaben beschäftigt haben, bringen ihn nun zur Durchführung. Diese neue gesellschaftliche Kraft, die sich bei den Aktivisten in immer stärkerem Maße entwickelt, wird dieser Erscheinung Rechnung tragen. In der Grundstoffindustrie, in der Kohlenförderung usw. haben besondere Anstrengungen zu besonderen Erfolgen geführt. Die Werktätigen, die an allen Maschinen für die Einheit Deutschlands, für die Erhöhung des Lebensstandards kämpfen, stehen im Mittelpunkt des Zweijahresplanes. Auf der diesjährigen Frühjahrsmesse werden die volkseigenen Betriebe mit neuen, beachtlichen Leistungen aufwarten. Der Kampf um die Erhöhung der Produktion hat begonnen. Kein flächenmäßig wird die volkseigene Industrie einen starken Anteil haben. Es wird sich zeigen, ob die zur Schau gestellten Produkte den Erwartungen entsprechen. - Die zweite wirtschaftliche Erscheinung, die sich im Westen Deutschlands auswirkt, ist die Abtrennung des Ruhrgebiets. Dieses große industrielle Reservat Deutschlands wurde entgegen feierlicher Versicherungen rücksichtslos abgetrennt. Damit erfährt die wirtschaftliche Einheit D. eine schwere Erschütterung. Die Leipziger Messe steht im Brennpunkt dieser für D. so schwer wiegenden Auseinandersetzung. Die Verhandlungen mit zahlreichen westdeutschen u. ausländischen Ausstellern sind abgeschlossen. Es ist zu erwarten, daß wiederum unzählige Besucher aus Deutschland und dem Ausland die Überzeugung gewinnen werden, daß es sich um ein wirtschaftliches Ereignis von großer Bedeutung handelt.

23 / 2 / 49

No. 73

Auszüge aus Presseberichten
=====

Leipziger Universität. Die Uni. wurde 1943 völlig zerstört. Einige Hörsäle sind inzwischen wieder aufgebaut worden. Die einzelnen Fakultäten sind aber noch in der ganzen Innenstadt verstreut. Trotzdem macht sich die Raumnot lange nicht so drückend bemerkbar wie an manchen Westuniversitäten. - Die Immatrikulationsziffer ist nach dem Bedarf der einzelnen Berufe streng begrenzt. Volle Immatrikulationsgewißheit haben die Arbeiter, die die viersemestrige Vorstudienanstalt durchlaufen haben. Sie werden aus den volkseigenen Betrieben ausgewählt und sind zum größten Teil SED-Mitglieder. Bis 1948 erfolgte die Immatrikulation der Abiturienten nach dem Leistungsprinzip. Neuerdings wird ein Klassensystem angewandt, und zwar A) Herkunft aus dem Arbeiter- oder Bauernstand, B) bürgerliche Herkunft mit gesellschaftlicher Aktivität und C) bürgerliche Herkunft ohne gesellschaftliche Aktivität. Die meisten Arbeiterstudenten befinden sich unter den Juristen, Pädagogen usw. Die Gesellschaftswissenschaftliche Fakultät ist 1947 auf Befehl der SMA gegründet worden. Hier erhalten Leute aus der Verwaltung und den "demokratischen" Organisationen ohne Rücksicht auf Vorbildung eine politische Schulung in Kultur, Wirtschaft, Sozial- und Außenpolitik. - Nach der Währungsreform hat sich die soziale Lage der Studenten nicht verschlechtert. Stipendien werden in alter Höhe weiter gezahlt. Alle Studenten empfangen die Lebensmittelrationen der Schwerarbeiterkarte. Der fachliche Nifer der Studenten ist gewöhnlich sehr groß. Die Uni. wird in jeder Beziehung als ein Bestandteil des öffentlichen Lebens behandelt und hat an den allgemeinen Anliegen mitzutragen. Eine negative Seite ist, daß sich das neue Arbeitstempo der "Henneckschichten" auch auf die wissenschaftliche Ausbildung auszuwirken beginnt. Wer seine Examen nicht in der vorgeschriebenen Semesterzahl erledigt, wird von der Uni. entfernt. - Von einer einheitlich kommunistischen Ausrichtung der Studentenschaft ist nicht die Rede. - Der Lehrkörper der Uni. hat sich seit 1945 durch Abgänge nach dem Westen laufend verschlechtert. Richtungweisend für die Zukunft dürfte die jüngste Ernennung sein. Am 1. Jan. erhielt nämlich ein Leipziger Zahnarzt (SED) den Lehrstuhl für Pädagogik, den vor ihm Theodor Litt innehatte.

Süddt. Ztg. vom 19. Februar 1949

Arbeitslosigkeit in der Ostzone. In der gesamten Ostzone ist die Arbeitslosigkeit gestiegen. Die Zunahme ist weniger auf Saisoneinflüsse zurückzuführen, sondern vielmehr auf den Mangel an Rohstoffen und anderen Produktionsmitteln. Vor allem in Sachsen hat sich die Lage auf dem Arbeitsmarkt verschlechtert. Hier ist die Zahl der Arbeitslosen um mehr als 200 % gestiegen. Besonders schwierig ist die Lage in der westsächsischen Textilindustrie.

Allgem. Ztg. vom 22. Febr. 1949

Verurteilte Deutsche nach Rußland? Laut Mitteilung der Berliner "Kampfgruppe gegen Unmenschlichkeit" müssen Strafen, die von deutschen Gerichten der Ostzone oder von sowjetischen Militärgerichten verhängt werden und das Maß von 10 Jahren Zwangsarbeitslager übersteigen, in der SU verbüßt werden. Transporte von Strafgefangenen gingen ständig nach Rußland. Wie der Leiter der "Kampfgruppe gegen Unmenschlichkeit", Dr. Kainer HILDEBRANDT, bekanntgab, sind rund 300 000 Deutsche in kommunistischen Konzentrationslagern verschwunden. Es handle sich um politische Gefangene.

Die Welt vom 17. Febr. 1949

Freie Läden. Im Lande Sachsen hat der Umsatz der "Freien Läden" bereits ein Drittel des gesamten Handelsumsatzes erreicht. Im ersten Vierteljahr ihres Bestehens wurden in Sachsen 14 Mill. DM umgesetzt gegenüber 40 Mill. DM Ostgesamtumsatz.

Wirtschaftsrev. vom 18. Febr. 1949

Die DWK teilte über die Verwendung der Einnahmen der "Freien Läden" mit, daß alle Einnahmen ausschließlich der Handelsorganisation zufließen. Der entscheidende Teil der Einnahmen wird im Rahmen des Finanzplanes der DWK zur Finanzierung der großen Aufgaben des Wiederaufbaues im Rahmen des Zweijahresplanes verwendet. Ein anderer Teil der Einnahmen dient dem weiteren Ausbau der Freien Läden in der Ostzone.

Allgem. Ztg. vom 22. Febr. 1949

No. 74

Auszüge aus Presseberichten

Gegenblockade. Diese müßte sorgfältig gehandhabt und dosiert werden.

Eine harte und vollständig lückenlose Gegenblockade würde in nicht geringem Umfang auch europäische und deutsche Interessen verletzen. Eine radikale Abschneidung jeglicher Güterzufuhr führte zu einer weitgehenden Stilllegung der Fertigung in der Ostzone. Das sowjetische Interesse an dem Bestehen einer gewissen industriellen Tätigkeit in der Zone beruht aber lediglich auf dem reparations- und exportpolitischen Nutzen. Erlischt dieses Interesse, dann wird die Demontage ausgelöst. Die Gefahr ist um so größer, als der Demontagebefehl für die wichtigsten, im SAG-Besitz befindlichen Roh- und Grundstoff-Industrien seit einigen Monaten vorliegt.

Gegenwärtig müßte es aber darauf ankommen, solange es irgend geht, das noch vorhandene Produktionspotential auf deutschem Boden zu erhalten, weil schließlich zur gegebenen Zeit auch die Industrie in der Ostzone wieder aufgebaut werden muß. Schließlich ist darauf hinzuweisen, daß mit weiteren Demontagen in der Ostzone auch die Frage weiterer Deportation deutscher Facharbeiter wieder akut würde.

Also empfiehlt sich eine maßvolle Gegenblockade, die die Sowjets zwingt, die ihnen gelieferten Materialien mit hochwertigen Erzeugnissen zu bezahlen. Sie würden dadurch zu Lasten ihrer bisherigen Reparations-, Export- und Geldpolitik zu einer vernünftigeren Wirtschaftspolitik, bei gleichzeitiger Einschränkung der Schwarzmarktkäufe über die Zonengrenze, gezwungen werden. Die Ansatzpunkte einer solchen Gegenblockade sind vor allem auf den Gebieten der Steinkohle, des Stahls, des Kessel- und Maschinenbaus, der Kraftwerks- und sonstigen Elektro-Ausrüstung sowie der Versorgung mit Werkzeugen und Chemikalien gegeben. Das völlige Aufhören des innerdeutschen Güteraustausches infolge einer langdauernden Sperre des Interzonenhandels würde möglicherweise auch den wirtschaftlichen Aufbau Westdeutschlands beeinträchtigen. Ferner ist zu berücksichtigen, daß trotz aller sowjetischen Sperren Lieferungen aus Westberlin oder aus den Westzonen über Westberlin die Möglichkeit zu Warenkompensationen zugunsten von Westberlin geschaffen haben. Eine völlige Sperre der Lieferungen aus Westberlin an die Ostzone hätte vermutlich die Wirkung, daß die Sowjets ihrerseits die noch bestehenden Möglichkeiten eines solchen Warenaustausches für Westberlin völlig zu sperren versuchten. -

Solange die Sowjets glauben, mit der Blockade Berlins wichtige politische Ziele erreichen zu können, werden ihnen vermutlich die wirtschaftlichen Wirkungen der Gegenblockade auf die Ostzone gleichgültig sein, obwohl in den letzten Wochen die für die russische Besatzungsmacht spürbaren Wirkungen der Gegenblockade zugenommen haben. Gleichwohl erscheint es unter Berücksichtigung aller Umstände zweckmäßig, die Gegenblockade zwar aufrechtzuerhalten, indessen elastisch zu handhaben.

Wirtschafts-Ztg. vom 23. Febr. 49

Europa-Union. Das Präsidium der dt. Europa-Union unter Vorsitz seines Präsidenten Wilhelm HERMES beschloß auf einer Sitzung, zu ihrem Kongreß im Mai u.a. Churchill und Eden einzuladen. Als Tagungsort wurde der Rittersturz bei Koblenz gewählt. Die ausländischen Gäste sollen gebeten werden, auf dem Kongreß über die Ziele ihrer europäischen Politik zu referieren.

Für das Land Rheinland-Pfalz ist die Europa-Union von der frz. Militärregierung zu Händen des geschäftsführenden Vorstandsmitgliedes Dr. Ing. ETBEL lizenziert worden.

SAZ v. 23.2. u. Allgem.Ztg. vom 12.2.49

Tag der Bereitschaft: Sächsische Landwirte, die bis zum 6. März d.J., dem "Tag der Bereitschaft", ihre Vorbereitungen zur Frühjahrsbestellung nicht beendet haben, werden in diesem Jahre erstmalig unter Strafe gestellt.

Die Welt vom 22. Februar 1949

Heimkehrer mit Spezialaufgaben. Immer noch treffen aus der UdSSR Kriegsgefangene ein, die sich laut Aussagen von Heimkehrern schon in den Gefangenenlagern verpflichtet haben, Dienst in der "Demokratischen Volkspartei" zu tun. Angeblich werden sie in Brest-Litowsk provisorisch eingekleidet. In Frankfurt/Oder sollen diejenigen, die in den Westzonen beheimatet sind, ausgesondert und nach Rußland zurückgeschickt werden. Die übrigen sollen in Fürstenwalde Polizeiuniformen erhalten.

Süddt.Ztg. vom 22. Febr. 49

12/49

No. 75

Auszüge aus Presseberichten

Aufbauanleihe. In Sachsen-Anhalt wurde die erste Aufbauanleihe der Ostzone in Höhe von 100 Mill. DM-Ost aufgelegt. Vorläufig wurden 50 Mill. zur Zeichnung freigegeben. Die Anleihestücke lauten auf 2 000, 1 500 und 200 DM.

Wirtschaftsrevue vom 18. Febr. 1949

Ostzonale Produktionswerte. Auf einer kürzlich stattgefundenen Tagung hat Fritz SELBMANN konkrete Angaben über die Steigerung des Produktionswertes in den ersten 3 Quartalen 1948 gemacht. Setzt man eine weitere leichte Steigerung, wie in den ersten drei Quartalen, für das vierte Quartal voraus, so ergäbe sich eine Gesamtproduktion im Werte von ca. 11 Mrd. DM. Da nähere Angaben fehlen, wird angenommen, daß es sich um Bruttoproduktionswerte handelt. Unter Berücksichtigung der versch. hohen Nettoquoten in den einzelnen Industriezweigen kann man im Durchschnitt eine Nettoquote von 60 % annehmen. Auf dieser Basis würde der Nettoproduktionswert für das ganze Jahr ca. 7 Mrd. DM betragen. Verglichen mit 1936 hätte nominell die heutige Produktion der Ostzone 80 bis 85 % des Nettowertes der Erzeugung des Jahres 36 erreicht. Man muß jedoch berücksichtigen, daß die Kaufkraft der Vorkriegsreichsmark entspricht, so daß also das Volumen der Gütererzeugung eine entsprechende Minderung erfährt. -

Die innerdeutschen Handelsbeziehungen sind infolge der Besetzung des Landes weitgehend zum Erliegen gekommen. Das trifft bes. für das laufende Jahr mit der sich ständig verschärfenden ost-westlichen politischen Spannung zu. Man hätte also annehmen sollen, daß die ostdeutsche Produktion, zumindest die Erzeugung von Verbrauchsgütern, der Versorgung der ostdeutschen Bevölkerung zugute gekommen wäre. - Wenn Industriezweige, wie die Textilindustrie, die Nahrungs- und Genussmittelindustrie, die optische Industrie usw., heute schon wieder in dem von Selbmann angegebenen Ausmaß produzieren, andererseits die Versorgung der Bevölkerung mit diesen Erzeugnissen mehr als unzulänglich erfolgt, so muß angenommen werden, daß neben den Reparationslieferungen an die SU die DWK die Erzeugung in weit höherem Ausmaß exportiert, als früher der Fall war, wobei der Gegenwert dieser Exporte durchaus nicht in voller Höhe der ostdeutschen Wirtschaft und dem Lebensstandard der Bevölkerung zugutekommt. Das Verhältnis zwischen deutschem Eigenverbrauch und Export hat sich offenbar zuungunsten des dt. Verbrauchers in der Ostzone verschoben, der heute nur die minderwertigsten Artikel erwerben kann, während die Qualitätserzeugung entweder auf Reparationskonto übernommen oder aber exportiert wird.

Wirtschaftsrevue vom 18. Febr. 1949

Freie Läden. Wie aus einem vertraulichen Bericht der DWK hervorgeht, sollen fast alle Waren, die in den sogen. "Freien Läden" verkauft werden, aus den laufenden deutschen Reparationslieferungen an die SU stammen. Der Verkaufserlös der Läden wird zu 100 % an die SMA abgeführt.

Allgem. Ztg. vom 15. Febr. 1949

Rußland. In einem russ. Zeitungsartikel wird gesagt, daß die SU, die eine friedliche Politik verfolge, wegen der internationalen Spannungen zur Verstärkung ihrer Armee gezwungen sei. Diese Verstärkung werde im Fünfjahresplan verwirklicht und die wirtschaftliche und militärische Macht der SU vergrößern.

Allgem. Ztg. vom 23. Febr. 1949

Die DWK hat erhebliches Interesse an gewissen Erzeugnissen der Westberliner Industrie, erklärte Baurat SPENNRATH als Vorsitzender des Industrieausschusses West. Die Westberliner Industrie stünde Kompensationsgeschäften mit der Ostzone nicht ablehnend gegenüber. Es hätten bereits Verhandlungen stattgefunden, wonach ein Teil der zu liefernden Ware durch Kohle aus der Ostzone bezahlt werden solle. Bisher sei es aber bei diesen Verhandlungen geblieben, da die Westberliner Industrie aus Vorsicht ihre Güter erst liefern wolle, wenn die Gegenlieferungen in den Westsektoren eingetroffen seien.

WFZ vom 25. Febr. 1949

No. 76

Auszüge aus Presseberichten
=====

Folgen der Gegenlockade. Wie aus Fachkreisen verlautet, spürt auch die westdeutsche Industrie sehr deutlich die Folgen der Sperre des Interzonenhandels mit der Ostzone. Das Ausbleiben lebenswichtiger Güter aus der Sowjetzone hat für verschiedene Industrien Westdeutschlands lähmende Wirkung. Die Elektro- und Maschinenbauindustrie, die chemische und pharmazeutische, die Metallwaren- sowie die optische Industrie verspüren den Lieferausfall am stärksten. Es handelt sich zumeist um Aggregate, Meßgeräte, Maschinenersatzteile, Zellwolle, Chemikalien, Ampullen und Glasröhren, die der westdeutschen Industrie fehlen. Eine andere unangenehme Auswirkung der Handelsperre macht sich auf dem Gebiete des öffentlichen Gesundheitswesens durch den Lieferausfall von Laborgeräten, Röntgenfilmen usw. bemerkbar; ferner bei Maschinen und elektrischen Großgeräten westdeutscher Werke, die zu Reparaturzwecken an ostzonale Herstellerfirmen geschickt wurden und nun nicht mehr zurückgeliefert werden. Außer der finanziellen Seite entsteht auf diese Weise ein nicht unbedeutender Produktionsausfall. Auch sind eine große Anzahl ostzonaler Lieferaufträge von westdeutschen Firmen fertiggestellt worden, für die als Spezialanfertigungen keine andere Absatzmöglichkeit besteht. - Die durch das Ausbleiben von Lieferungen aus dem Westen immer häufiger auftretenden Patentverletzungen in der Ostzone sind, wie von gut unterrichteten Fachkreisen befürchtet wird, ein wesentlicher Grund für die Entstehung von neuen Produktionszweigen in Ostdeutschland. Die Folge hiervon wiederum sei ein in absehbarer Zeit nicht zu vermeidender endgültiger Verlust dieses Absatzgebietes für die westdeutsche Industrie.

WFZ vom 25. Febr. 1949

Partei-Anwärter. Das Politbüro der SED hat beschlossen, mit Wirkung vom 1. März an neue Partei-Mitglieder nur noch als Anwärter aufzunehmen. Die Kandidatenzeit beträgt für Arbeiter ein Jahr, für Angehörige anderer Berufsgruppen zwei Jahre. Bei der Aufnahme eines Kandidaten hat dieser eine Befürwortung von Mitgliedern vorzuweisen, die der Partei bereits zwei Jahre angehören müssen.

Allgem. Ztg. vom 25. Febr. 1949

Planzahlen der Textilindustrie. Der Zweijahresplan sieht eine erhebliche Steigerung der Zellstoff-, Faser- und Gewebeerzeugung vor. Die Schwierigkeiten der Beschaffung von Roh- und Hilfsstoffen aber sind erheblich. Auch haben die sowjetruss. Lieferungen für die Lohnverarbeitung aufgehört. - An Hand der Planzahlen und der Prozentrechnungen läßt sich die Ausgangslage für die Produktionspläne ungefähr berechnen, wobei Sortenunterschiede unberücksichtigt bleiben müssen. - Die Erfüllung des Produktionsprogrammes für 1949 und 1950 ist schwierig, da die Planzahlen völlig willkürlich gewählt sind und die Voraussetzungen, z.B. Inangasetzung neuer Fabriken, kaum bis Ende 1950 realisierbar sind. Diese Unzulänglichkeiten bei der Bemessung der Sollzahlen werden nicht geleugnet, da die vielen Vorbedingungen, beispielsweise die Herstellung von Chemikalien oder die Einfuhr von Rohstoffen, von anderen Ressorts erfüllt werden müssen. Die für das Endjahr 1950 vorgesehenen Einfuhren werden - wenn sie überhaupt erfolgen - als völlig unzureichend bezeichnet.

Die Optimalzahlen des Jahres 1950 können nur erreicht werden, wenn gegenüber 1947 die Kunstfaserproduktion um 139 und die Kunstseidenerzeugung um 41 % auf 5 500 t gesteigert werden. Nach Erreichung dieses Zielles müssen außerdem 20 000 stillliegende Spindeln instandgesetzt und in den Spinnereien muß in 2 Schichten gearbeitet werden. Außerdem müssen neue Zellstoffwerke gebaut werden, da die derzeitige Kapazität nur höchstens eine Erzeugung von 70 000 t Zellstoff für die Textilindustrie gestattet. Der größte Anteil an der Zellstoffproduktion wird von der Papierindustrie und für den Export beansprucht. Die Erhöhung der Kunstfaserproduktion dürfte an dem akuten Mangel an Schwefel, Tatronlauge, Fetten, Ölen, Fettsäuren und Paraffinen scheitern. Der wichtigste Rohstoff, die Schwefelsäure, fehlt und kann nur mit Hilfe von Erzimporten und nach Ausweitung der Werke in der Ostzone beschafft werden. Der Zweijahresplan hat deswegen auch dem Ausbau der chemischen Industrie große Aufmerksamkeit geschenkt.

Gelingt es nicht, die an sich geringen Einfuhrmengen an Textilrohstoffen zu sichern und die Erweiterung der Kunstfaserindustrie und der chemischen Industrie zu gewährleisten und dieser den Import von Schwefelblei zu garantieren, bleibt das Ziel des Jahres 1950 dem Textilgewerbe auf dem Textile-

Wirtschafts-Ztg. vom 26. Febr. 1949

No. 77

Auszüge aus Presseberichten
=====

Kurzfristige Kredite. Gemäß einer Anordnung der DWK haben Kreditinstitute der Ostzone allgemeine Richtlinien für die Gewährung kurzfristiger Kredite erhalten. Hiernach sollen diese grundsätzlich nur gewährt werden zur Anschaffung von Rohstoffen, Hilfsmaterial und halbfertigen Erzeugnissen, für Aufwendungen für noch nicht zum Abschluß gelangte Herstellungen, für normale Vorräte an Fertigwaren und Erzeugnissen, für rollende Ware und für weitere Zwecke, die mit der Warenherstellung oder ihrem Umlauf verbunden sind. Der kurzfristige Kredit, der also aufs engste mit dem Herstellungsverfahren und den einzelnen Stufen des Handelsumsatzes zu verknüpfen ist, soll stets in angemessenem Verhältnis zu den Eigenmitteln des Kreditnehmers stehen. Die Kreditfristen haben den normalen Herstellungs- und Umlauffristen der Waren zu entsprechen, für die Kredit gewährt wird. Bei Fristüberschreitung sind Versäumniszinsen in Höhe von 1 v.H. p.a. zu zahlen. Die kreditnehmenden Betriebe sind von den Kreditinstituten laufend zu kontrollieren. Die kurzfristigen Kredite sollen grundsätzlich durch Sicherungsübereignung oder Verpfändung von Waren usw. sowie Abtretung von Forderungen gesichert werden. Hypotheken, Bürgschaften, Übereignung von Maschinen usw. kommen nur als zusätzliche Sicherung in Frage.

WPZ vom 26. Febr. 1949

Ostzone bleibt besetzt. Dieser Tage erklärte ein Sprecher der SMA, daß die SU gezwungen sei, ihre Truppen weiterhin in Deutschland zu belassen, weil sich die Westmächte weigerten, sich aus ihren Zonen zurückzuziehen. Die Westmächte hätten wiederholte Einladungen, an Verhandlungen über den deutschen Friedensvertrag und über die Zurückziehung der Besatzungstruppen teilzunehmen, ignoriert.

Von westlichen Beobachtern wird diese Erklärung als der Beginn einer Änderung der sowjetischen Politik ausgelegt, da im letzten halben Jahr sowohl von russischer als auch von deutsch-kommunistischer Seite die Zurückziehung der Besatzungstruppen ständig angekündigt worden war.

Die Welt vom 24. Febr. 1949

Reformen des Ärztestandes. Der Arzt ist in der Ostzone einer "Reform" unterworfen. An die Stelle der Individualmedizin ist eine allgemein-sozial-medizinische Anschauung getreten, die den Arzt als oßen Faktor bei der Produktionssteigerung begriffen haben will. - Mit dem Befehl der SMA über die Errichtung von Ambulanzen und Polikliniken zur Sicherstellung der ärztlichen Versorgung der deutschen Bevölkerung war das Ärzteswesen in der Ostzone vor vollkommen neue Aufgaben gestellt worden. Durch diesen Befehl wurde ein relativ engmaschiges Netz von Ambulanzen und Polikliniken geschaffen, in denen die deutsche Bevölkerung ärztlichen Rat und Hilfe finden konnte. Die Ambulanzen waren meist an Krankenhäuser angegliedert und erwiesen sich vom ersten Tag an als ein überraschend stark besuchtes ärztliches Unternehmen. Gleichzeitig wurden Anordnungen erlassen, durch die das Problem der Betriebsgesundheitsfürsorge und des Arbeitsschutzes einer positiven Lösung zugeführt werden sollte. Ärzte wurden in die "Arbeitsschutzkommissionen" berufen, und der Betriebsarzt als ständige, angestellte Erscheinung geschaffen. Bei Betrieben bis zu 5 000 Beschäftigten wurden Betriebsarztstellen und bei Belegschaften von mehr als 5 000 Arbeitnehmern Betriebspolikliniken eingerichtet. - Die Bezahlung des ärztlichen und nichtärztlichen Personals ist Sache der Sozialversicherung, während die Gesundheitsämter die fachliche Aufsicht und Überwachung erhielten. -

Der Mangel an Ärzten in der Ostzone ist groß. Man hat daher den Stand der "Gesundheitshelfer" als Mittler zwischen Schwestern bzw. Pflegepersonal und dem Arzt geschaffen. Diese Gesundheitshelfer werden in 25 Doppelstunden auf ihren Beruf vorbereitet, der sich auf die erste Hilfeleistung beschränken soll. Sie werden in starkem Maße eingesetzt. - Das ärztliche Personal hat mit größtem Arzneimittelmangel zu kämpfen. Die Behandlungsweisen sind um Jahrzehnte zurückgeworfen worden. Moderne Heilmittel fehlen fast vollständig. Die Situation wird schlagartig beleuchtet durch einen Ausspruch Prof. LINSER: "Besonders bitter empfinden wir, daß unsere Arbeitskraft durch Zonengrenzen sinnlos geschwächt wird. Es ist Wahnsinn, daß wir hier mühsam einen Produktionsbetrieb für Salvarsan aufbauen müssen, während im Westen davon genug für ganz Deutschland vorhanden ist. Es ist ein Unfug, daß wir uns hier im Osten mit der Herstellung von synthetischen Herz- und Kreislaufmitteln usw. herumquälen, während wir dies Mittel bequem aus dem Westen beziehen könnten"

Süddt. Ztg. vom 26. Febr. 1949

25X1

Approved For Release 2006/11/13 : CIA-RDP83-00415R002400110007-5

Approved For Release 2006/11/13 : CIA-RDP83-00415R002400110007-5